

Offener Brief

des Vorstands und Beirats der Gesellschaft für Anglophone
Postkoloniale Studien zur Ausgabe der *Forschung & Lehre* des
Deutschen Hochschulverbands, April 2016

Das Aprilheft 2016 von *Forschung & Lehre* befasst sich im Schwerpunkt mit dem gesellschafts- und kulturpolitisch wichtigen und außerordentlich kontrovers diskutierten Thema ‚Political Correctness‘. Während die Themenwahl angesichts der Debatten insbesondere der letzten beiden Jahre prinzipiell zu begrüßen ist, so sind die Mitglieder der Gesellschaft für Anglophone Postkoloniale Studien entsetzt und empört über die Einseitigkeit und Voreingenommenheit der Thematik gegenüber, die sich vor allem in der fehlenden Berücksichtigung zentraler Aspekte und befürwortender Perspektiven, der tendenziösen Fragestellung in den Interviews sowie in der völlig unangemessenen Bebilderung niederschlägt.

Insbesondere bei einer Debatte um Political Correctness kann – wenn eine der Komplexität der Sache angemessene Auseinandersetzung das Ziel ist – die Berücksichtigung unterschiedlicher Positionen erwartet werden. Dies betrifft zum einen unterschiedliche disziplinäre Standpunkte. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Fragen von Repräsentation, Marginalisierungs- und Ausschlussmechanismen und epistemischer Gewalt ist spätestens seit den 1990er Jahren auch in Deutschland fest etabliert, beispielsweise in den *Postcolonial Studies*. Es kommen in dieser Ausgabe jedoch keine Vertreterinnen und Vertreter dieses Forschungsfeldes zur Sprache – stattdessen werden die Aufsätze aus der Geschichtswissenschaft, der Politikwissenschaft und der Linguistik durch unangebrachte Polemik ergänzt.

In der Frage der Zusammenstellung wären zum anderen insbesondere auch unterschiedliche Sprechpositionen zu berücksichtigen gewesen. Von sieben der sich mit dem Thema ganz oder teilweise beschäftigenden Texte kommt nur in einem eine Frau zu Wort und in keinem diejenigen Personengruppen, deren Forderung nach respektvoller sprachlicher Behandlung für die Debatte von Anfang an zentral war. Dies ist eine Auslassung, die nicht nur der Ausgewogenheit der Zusammenstellung des Schwerpunktthemas signifikant schadet, sondern, wichtiger noch, genau die Ausschlussmechanismen reproduziert, die von Befürworterinnen und Befürwortern eines sensibilisierten und differenzgerechten Sprachgebrauchs kritisiert werden. Auf den Punkt gebracht: Es wird – wieder einmal – über ‚Minderheiten‘ gesprochen, ohne dass Zugehörige marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen aktiv an der Diskussion beteiligt werden und ihre Positionen darlegen können.

Der Eindruck fehlenden Willens zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Thema Political Correctness wird durch die tendenziösen Fragestellungen in den Interviews sowie die inakzeptable Bebilderung unterstrichen. Bereits das Titelbild evoziert und verharmlost rassistischen Alltagssprachgebrauch. Solche Illustrationen mögen ironisch oder provokativ gemeint sein, reproduzieren aber unhinterfragt rassistische Vorstellungsmuster. Dies suggeriert eine Voreinge-

nommenheit gegenüber dem Thema, die durch die weitere Auswahl des visuellen Materials durchgängig bestätigt wird. Als besonders deutliches Beispiel hervorzuheben ist das zur Illustration von Alexander Graus Polemik gewählte Schachbild: die weiße Königin umgeben von schwarzen Läufern, Türmen und Bauern. Kongenialer könnte die Angstfantasie von der „Zerstörung der europäischen bürgerlichen Welt“ (Grau), die durchgehend als weiß konnotiert wird, durch Political Correctness kaum illustriert werden.

Die Auslassungen und Bebilderungen verhindern in ihrer Voreingenommenheit die diskursgeschichtliche, gesellschafts- und wissenschaftspolitische Kontextualisierung von Political Correctness und somit eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema. Dies ist insofern besonders problematisch, als zentrale Begriffe wie ‚Wissenschaftlichkeit‘ und ‚Wahrheit‘ in einigen Beiträgen ohne weitere Reflexion ihrer Rolle in der Etablierung von Rassismus, Kolonialismus und diskriminierender Denk- und Sprechweisen verwendet werden. Anstatt die wichtige Debatte über Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe und den Abbau struktureller Diskriminierung auch in der Wissenschaft zu ermöglichen – in deren Rahmen natürlich auch kontroverse Aspekte der gegenwärtigen Auseinandersetzungen thematisiert werden können und müssen – wird vor allem das Schreckgespenst der ‚Denk- und Sprechverbote‘ projiziert.

Universitäre Bildung und Forschung stehen in der größeren gesellschaftlichen Verantwortung, marginalisierenden Kräften entgegenzuwirken. Der Hochschulverband vertritt einen Berufsstand, zu dessen Aufgaben eine kritische und differenzierte Auseinandersetzung auch und insbesondere mit kontroversen Themen ebenso gehören wie eine konstante Reflexion seiner Begrifflichkeiten. Einer solchen Auseinandersetzung Raum zu bieten sollte auch Aufgabe des entsprechenden Publikationsorgans sein. *Forschung & Lehre* wird diesen Aufgaben alles andere als gerecht.

Für den Vorstand und Beirat

Prof. Dr. Katja Sarkowsky und Prof. Dr. Annika McPherson